



Positionspapier

Pflegerisches Sofortprogramm – Garantie für eine gute Pflege

Die Corona-Krise zeigt in dramatischer Art und Weise, wie unverzichtbar die Pflege für unser gesellschaftliches Zusammenleben ist. Die Pflege steht insbesondere seit Beginn der Pandemie unter ganz besonderer Be- und Überlastung. Betroffen ist die professionelle Pflege – sei es im Krankenhaus, in der Langzeitpflege oder im ambulanten Bereich – genauso wie die pflegerische Versorgung durch Angehörige.

Inzwischen sehen wir täglich Bilder aus Krankenhäusern, aus Pflegeeinrichtungen und aus Wohnungen, die die Situation von Pflegebedürftigen und Pflegenden vor Augen führen. Diese Situation hat sich in der Corona-Pandemie zugespitzt, doch Pflegefachkräfte genauso wie pflegende Angehörige haben auch schon zuvor unter schweren Bedingungen gearbeitet. Bei der professionellen Pflege spielt der Fachkräftemangel und die damit einhergehende Arbeitsbelastung sicher die größte Rolle. Bei der häuslichen Pflege durch Angehörige stellt sich das Problem vielfältiger dar. Die Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie gestaltet sich häufig schwierig. Neben finanziellen Einbußen, weil häufig für die Pflege eines Angehörigen die Erwerbsarbeit reduziert wird, stellt die Frage nach dem richtigen „Setting“, welches ein Leben des oder der Pflegebedürftigen in Würde garantiert, für Angehörige eine große Herausforderung dar.

Vor diesem Hintergrund ist es der Fraktion GRÜNE wichtig, bestehende Pflegeprogramme auszubauen und neue Impulse zu setzen. Wir müssen Pflegefachkräfte und pflegende Angehörige deutlich entlasten und die pflegerischen Versorgungsstrukturen im Land stärken.

Es ist Aufgabe aller politischen Ebenen in Bund, Ländern und Kommunen die Pflege zu stärken. Dazu müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen werden. Es gilt einem weiteren Rückgang der verfügbaren Kräfte entgegenzuwirken und das noch vorhandene Personal zu schützen und zu unterstützen. Pflegende Angehörige müssen durch eine funktionierende Pflegeinfrastruktur spürbar entlastet werden.

1. Entlastung von Pflegefachkräften

Professionelle Pflegefachkräfte leisten mit ihrer qualifizierten Arbeit einen großen Beitrag für die Gesundheit und die Lebensqualität der Bürger*innen in diesem Land: ob im Krankenhaus, in stationären Einrichtungen, in ambulanten Pflegediensten, in Reha-Einrichtungen oder in der Behindertenhilfe. Die Corona-Krise verlangt den Pflegefachkräften hierbei viel ab. Sie sind bei ihrer Arbeit selbst vielen Risiken ausgesetzt. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, diesen Einsatz anzuerkennen und schnell und zielgerichtet Maßnahmen zu entwickeln. Denn Pflegefachkräfte brauchen Entlastung, damit sie ihrem Beruf gerne nachgehen – und zwar über die Krise hinaus.

Daher wollen wir als Fraktion GRÜNE ein **Sofortprogramm Pflege – Pflege als attraktiver Zukunftsberuf** auf den Weg bringen. Um dem pflegerischen Fachkräftemangel im Gesundheitswesen effektiv entgegenzutreten, halten wir folgende Maßnahmen für zielführend:

- **Dialogoffensive Pflege:** In einem ersten Schritt wird die Fraktion GRÜNE im Frühjahr 2022 den Startschuss für die Dialogoffensive Pflege mit allen relevanten Verbänden, Gesundheitseinrichtungen und Ausbildungsträgern geben. Dabei sollen Vorschläge für landesspezifische passgenaue Maßnahmen erarbeitet werden, damit dauerhaft und langfristig mehr junge Menschen in Baden-Württemberg den Berufsweg Pflege einschlagen. Es werden alle Beteiligten des Themenfeldes in Ihrer Verantwortung gefragt sein. Es geht hier in erster Linie darum zu schauen, wie wir die durch die Umsetzung der generalistischen Pflegeberufereform angestoßene Zielrichtung eines zehnzehnjährigen Anstiegs an Auszubildenden erreichen können. Ebenso braucht es gezielte Maßnahmen, um einen längeren Verbleib im Beruf zu erreichen. Hier gilt es auch die Erkenntnisse über die Wirksamkeit der in der „Konzertierten Aktion Pflege“ des Bundes verankerten Maßnahmen zu untersuchen und landesspezifische Handlungsspielräume zu eruieren, die diese Maßnahmen ergänzen.
- **Fachkräfteoffensive für Sozial- und Gesundheitsberufe:** Die Gewinnung von Fachkräften für die Sozial- und Gesundheitsberufe in Baden-Württemberg ist und bleibt dringlich. In dieser Legislaturperiode haben wir uns vorgenommen mit allen beteiligten Akteuren eine konzertierte Aktion zur Fachkräftegewinnung auf den Weg bringen. Vorbereitungen dazu müssen bereits im Jahr 2022 starten, Ressourcen erschlossen oder geschaffen werden, um das Vorhaben mit durchschlagendem Erfolg aufzustellen. Initiativen zur Fachkräftesicherung müssen fachlich breit aufgestellt werden, um nachhaltig zu sein. Von hoher Relevanz sind die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen sowie die Ressourcen und Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und Maßnahmen der Integration. Leasing in der Pflege verursacht enorme Kosten. Für eine Leasingkraft in der Pflege muss ein Krankenhaus dreimal so viel Geld in die Hand nehmen wie für eine selbst angestellte Pflegekraft. Deswegen setzen wir uns im Bund dafür ein, ein Leasing in der Pflege zu beenden.
- **Anwerben ausländischer Pflegefachkräfte:** Es wurde in den letzten Jahren das Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegefachkräfte beschleunigt und vereinfacht. Dies gilt es weiter auszubauen. Landesspezifische Maßnahmen zur Beschleunigung des Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt sollen in Angriff genommen werden. Auch dafür sollen kurzfristige Mittel aus der Rücklage nutzbar gemacht werden, da der beschleunigte und nachhaltige Zugang für Fachkräfte mit ausländischem Abschluss Entlastung für die angespannte Personalsituation bringen kann. Eine landesspezifische Werbeaktion THE CARE ist vorstellbar.
- **Sofortprogramm zum Wiedereinstieg und Verbleib im Pflegeberuf:** Wir wollen ein landesspezifisches Sofortprogramm auflegen, das Anreize für einen motivierten Wiedereinstieg, respektive Verbleib von Menschen mit abgeschlossener Pflegeausbildung in den Pflegeberuf schafft. Träger von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder ambulanten Pflegediensten sollen für Werbeaktionen und für Reintegrationsanreize finanziell unterstützt werden. Dabei geht es uns darum betriebsinterne Maßnahmen zu fördern, z.B. über einen Ideenwettbewerb, damit Pflegenden gewonnen und auch gehalten werden können. Wir sehen es als notwendig an, auch für den Bereich Pflege, ein vergleichbares Programm wie STÄRKER nach

Corona zur Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken, aufzulegen. Dadurch wollen wir kurzfristig notwendige Maßnahmen ermöglichen, damit die Folgen der Pandemie nicht zu langfristigen Problemlagen im Bereich Pflege und insbesondere Intensivstationen mit erheblichen Folgen in der Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung führen.

- **Karriere am Bett:** Wir sind überzeugt, dass das Patientenwohl durch hohe Qualität in der Versorgung gestärkt wird. Um das voranzutreiben, werden wir die Ausbildungsplätze in der Pflege wie im Koalitionsvertrag vorgesehen sukzessive ausbauen und stärken. Aufbauend auf den anstehenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur weiteren Entwicklung der Gesundheitsfachberufe sollen die Ministerien für Soziales, Gesundheit und Integration sowie für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein Konzept erarbeiten, wie Ausbildung und Studium in der Pflege in Zukunft gestaltet werden und wie viele Studienplatzkapazitäten dafür benötigt werden. Wir wollen, dass Pflegende mehr Verantwortung erhalten. Hierfür braucht es mehr praktische Möglichkeiten für akademisierte Pflege in der Patientenversorgung. „Karriere am Bett“ muss Standard werden. Bei den dann höher qualifizierten Pflegekräften muss sich dies auch in höheren Gehältern niederschlagen. Neue Berufsbilder wie die Community Health Nurse oder weitere Qualifikationsstellen müssen eine adäquate Aufgabe und Rolle in der Versorgung einnehmen können. Nur so sind gut ausgebildete Fachkräfte im Beruf zu halten und ist einer viel zu kurzen Berufsverweildauer von nur ca. sieben Jahren entgegenzuwirken.
- **Pflegekammer:** Die Pflegefachkräfte brauchen eine starke Stimme im Gesundheitswesen und mehr Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen daher, dass die Pflegekräfte über eine Landespflegekammer Sitz und Stimme in der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen erhalten. Noch immer werden wichtige Entscheidungen im Gesundheitswesen über die Köpfe der größten Berufsgruppe hinweg getroffen. Mit der Errichtung einer Landespflegekammer in Baden-Württemberg schaffen wir Möglichkeiten für mehr Einfluss und legen den Grundstein für die Selbstverwaltung der Pflege im Land.
- **Auskömmliche Krankenhausfinanzierung:** Viele Krankenhäuser stehen vor strukturellen und baulichen Veränderungen. Die Landespolitik ist hier für eine ausreichende Finanzierung der Investitionskosten zuständig. Auch wenn Baden-Württemberg bei den Zuschüssen der Investitionskosten bundesweit einen Spitzenplatz einnimmt, besteht hier noch Handlungsbedarf. Denn bei einer fehlenden Refinanzierung der Investitionskosten müssen Krankenhäuser Investitionskosten aus den Betriebskosten abziehen, was häufig auf Kosten des Personals geht. Das muss unbedingt vermieden werden. Um Verteilungsstrategien zur Finanzierung von Krankenhäusern zu vermeiden werden wir unserer Pflichtaufgabe nachkommen und den Krankenhäusern genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- **Echte Personalbemessung:** Wir wollen zügig auf die neue Bundesregierung einwirken, die Personaluntergrenzen weiterzuentwickeln. Es braucht wissenschaftlich fundierte Personalbemessungsregelungen sowohl für den Krankenhausbereich als auch in der Altenpflege. Diese müssen sich am tatsächlichen Pflegebedarf der Menschen orientieren. Eine angemessene Personalausstattung ist unerlässlich für eine gute Patientenversorgung und gute Arbeitsbedingungen.

Mittel- und langfristig wollen wir uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass die Pflege Mitspracherechte in Entscheidungsgremien wie dem Gemeinsamen Bundesausschuss, dem Qualitätsausschuss für Pflege, bekommt. Dies würde der gesellschaftlichen und medizinischen Relevanz der Pflege gerecht werden.

- **Digitalisierung:** Im Bereich der Digitalisierung in der Pflege ist Baden-Württemberg bundesweit Vorreiter. Es geht uns dabei darum technische Innovation und digitale Potentiale für die Menschen, für die Pflegebedürftigen wie die Pflegenden nutzbar zu machen. Das 2020 ins Leben gerufene Landeskompetenzzentrum „Pflege & Digitalisierung“ fungiert als zentrale Anlauf-, Vernetzungs- und Beratungsstelle zu Fragen der Digitalisierung in der Langzeitpflege im Land. Im Zentrum der Arbeit stehen Beratung, Bildung und Schulung sowie Innovationen. Wir wollen mit allen in und an der Pflege Beteiligten die Chancen der Digitalisierung nutzen und deshalb die Aktivitäten rund um das Landeskompetenzzentrum verstetigen und forcieren.

2. Entlastung von pflegenden Angehörigen

Pflegende Angehörige sind von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen besonders hart betroffen. Viele Unterstützungsangebote, die pflegende Angehörige entlasten sollen, konnten vor allem am Anfang der Pandemie nicht wahrgenommen werden. Die Angst, das Virus unbemerkt weiterzugeben, war groß und verschärft bis heute die ohnehin schon schwierige Situation pflegender Angehöriger.

Die Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie stellt für pflegende Angehörige eine enorme Herausforderung dar. Drei von vier pflegebedürftigen Menschen werden in Baden-Württemberg in den eigenen vier Wänden gepflegt. Der Großteil davon wird ausschließlich von Angehörigen gepflegt – das betrifft 225.000 Personen. Auch in anderen Fällen übernehmen pflegende Angehörige einen erheblichen Anteil an der Pflege. Hier sind wir als Land gefragt. Damit die Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie in Baden-Württemberg besser gelingt, wollen wir insbesondere die folgenden Maßnahmen ergreifen:

- **Ambulante Pflegedienste stärken:** Auch ambulante Pflegedienste leiden – wie die Pflege insgesamt – unter Personalmangel. Die häusliche Versorgung von Pflegebedürftigen wird voraussichtlich in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Darum ist es notwendig, auch für diesen Bereich ausreichend gut ausgebildetes Personal zu haben. Gleichzeitig ist gute Arbeit in der ambulanten Pflege genauso wichtig wie im stationären Bereich. Pflegekräfte im ambulanten Dienst verdienen Arbeitsbedingungen und eine Bezahlung, die dem stationären Dienst gleichkommt.
- **Konsequenter Ausbau der Pflegeinfrastruktur:** Die Pflegeinfrastruktur, die eine spürbare Entlastung für pflegende Angehörige darstellt, muss konsequent ausgebaut werden. Wir werden unser sehr erfolgreiches Programm „Quartier 2030“ weiterführen und ausbauen. Um pflegen Angehörige zu entlasten wollen wir in innovative pflegerische Versorgungsstrukturen, wie z.B. das WG-Förderprogramm für Ältere, Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen, sowie Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze investieren. Unser Ziel ist,

allen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen Rahmenbedingungen zu ermöglichen, in dem sie sich gut aufgehoben fühlen.

- **Qualifizierte, wohnortnahe Pflegeberatung:** Eine schnelle und wohnortnahe Pflegeberatung ist essentiell, da Pflegebedürftigkeit oft unvermittelt eintritt. Unser Ziel ist es, die Beratungsstruktur so auszubauen, dass pflegebedürftige Personen angemessen versorgt werden und pflegende Angehörige nicht in Belastungssituationen geraten. Menschen mit Pflegebedarf sowie deren Angehörige brauchen eine Vertrauensperson, die sie unabhängig informiert und über Angebote und Finanzierungen berät. Dazu wollen wir die vorhandenen Strukturen der Pflegestützpunkte und Pflegekonferenzen im Sinne unabhängiger Beratungsmöglichkeiten ausbauen. Darüber hinaus wollen wir im ganzen Land kommunale Pflegekonferenzen einrichten, in denen pflegende Angehörige ganz konkret bei der Gestaltung der kommunalen Pflegeinfrastruktur mitwirken können. Das setzt bereits im Krankenhaus bei einem konsequenten Entlassmanagement an.
- **Rehamaßnahmen:** Wer pflegt, muss selbst gesundheitlich fit sein. Rehabilitationsmaßnahmen stehen pflegenden Angehörigen zu, werden bisher aber eher sparsam genutzt. Die gesetzliche Grundlage dafür ist das Pflegeneuausrichtungsgesetz. In der Reha können sich pflegende Angehörige aktiv erholen und gegenseitig austauschen. Damit dies möglich ist, ist es wichtig, dass Pflegebedürftige im Rahmen der Kurzzeitpflege oder Verhinderungspflege versorgt sind. Unser Ziel ist es, Reha-Angebote für pflegende Angehörige deutlich präsenter zu machen und Rehakliniken zu unterstützen.
- **Gütesiegel FairCare:** Angehörige, die die Betreuung von Pflegebedürftigen nicht oder nicht ganz selber übernehmen können, nehmen oft eine „24-Stunden-Pflege“ in Anspruch. Anders als der Name vorgibt, handelt es sich dabei in der Regel nicht um Pflegekräfte, sondern um osteuropäische Betreuungskräfte. Diese Betreuungskräfte befinden sich häufig in Beschäftigungsverhältnissen, die nicht dem deutschen Arbeitszeitgesetz entsprechen. Sie arbeiten mehr als das deutsche Arbeitsrecht erlaubt und werden weit unter dem Mindestlohn bezahlt. Das Bundesarbeitsgericht Erfurt hat im Sommer 2021 geurteilt, dass die Betreuungskräfte Anspruch auf Lohn in Höhe des deutschen Mindestlohns für die vollständige Arbeitszeit haben. Wir begrüßen dieses wichtige Urteil für faire Arbeitsbedingungen. Damit es in der Praxis ankommt, werden wir ein Gütesiegel „FairCare“ konzeptionieren und auf Bundesebene vorantreiben. Damit wird den Beschäftigten und den Familien, die die Hilfe in Anspruch nehmen wollen, höchstmögliche Transparenz und Rechtssicherheit verschafft. Dieses Siegel soll Transparenz insbesondere bei der Vermittlung von ausländischen Betreuungskräften schaffen – bisher oft ein Graubereich.
- **PflegeZeit Plus:** Wir werden auf die neue Bundesregierung hinwirken, die Pflegezeit so weiterzuentwickeln, dass Angehörige von pflegebedürftigen Menschen ab Pflegegrad 2 eine „PflegeZeit Plus“ in Anspruch nehmen können. Mit dieser Idee der grünen Bundestagsfraktion ist gemeint, einen dreimonatigen Lohnersatz bei vollständigem Berufsausstieg zu ermöglichen. Dadurch würden Angehörige bei Eintritt des Pflegefalls eine Orientierungsphase haben, um die nötigen Pflegearrangements organisieren zu können. Im Anschluss haben pflegende Angehörige für eine gewisse Zeit einen Anspruch auf Lohnersatz, wenn sie aufgrund der anfallenden Pflege ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

Dies würde eine deutliche Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Beruf bringen und das mit der Pflege von Angehörigen einhergehende Armutsrisiko deutlich reduzieren.

- **Sockel-Spitze-Tausch:** Im Bund werden wir uns weiter für den sogenannten Sockel-Spitze-Tausch einsetzen. Damit soll die finanzielle Gesamtbelastung für stationär Pflegebedürftige reduziert werden. Die Versicherten bezahlen zukünftig einen festen Sockelbetrag (Eigenanteil) und die Pflegeversicherung übernimmt alle darüberhinausgehenden, notwendigen Pflegekosten. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene bleibt hier noch zu vage.

Beschlossen im Rahmen der Fraktionsklausur am 13. Januar 2022.